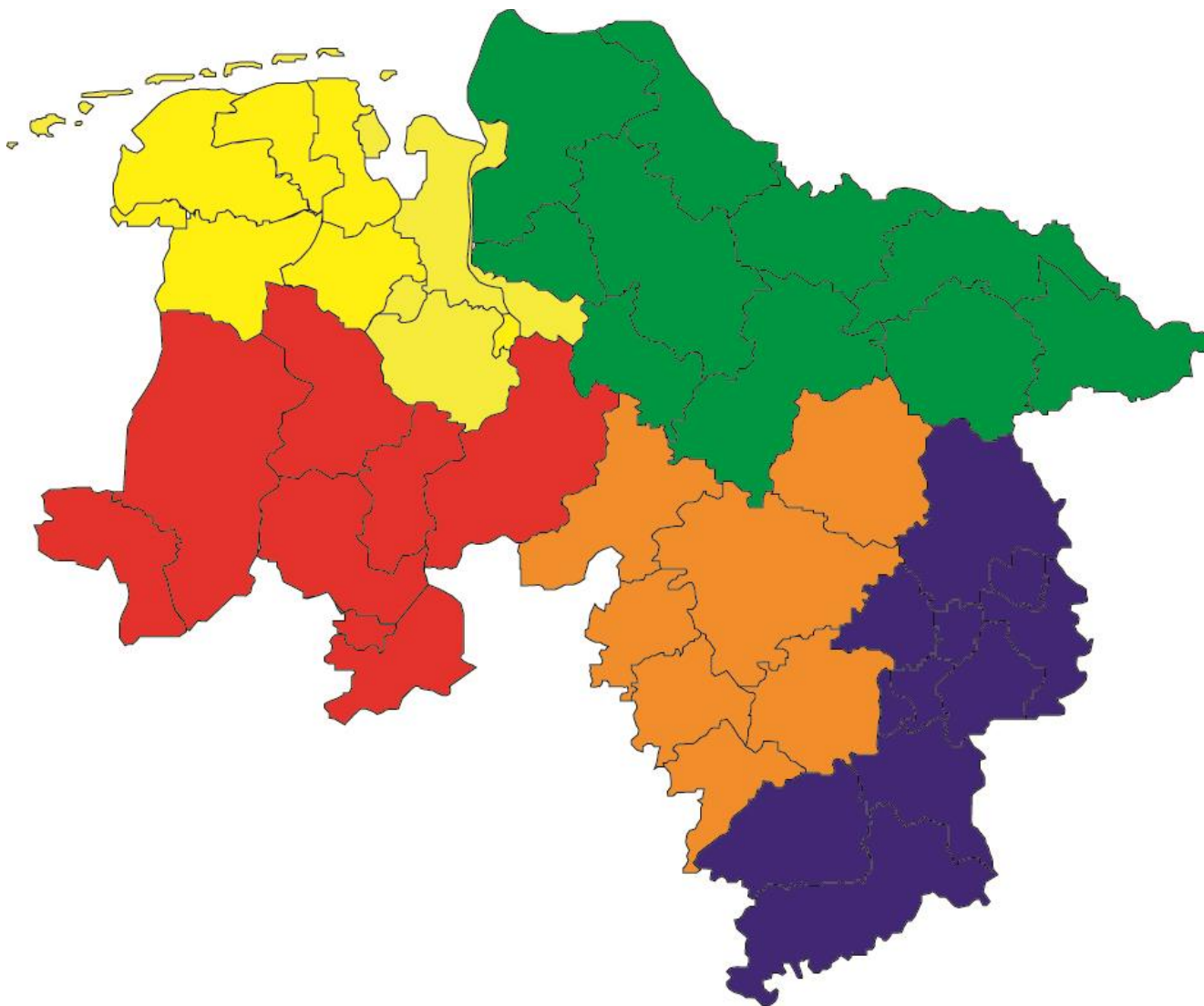


Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen



Corona und die Auswirkungen auf das Hilfesystem in Niedersachsen

Vorbemerkung

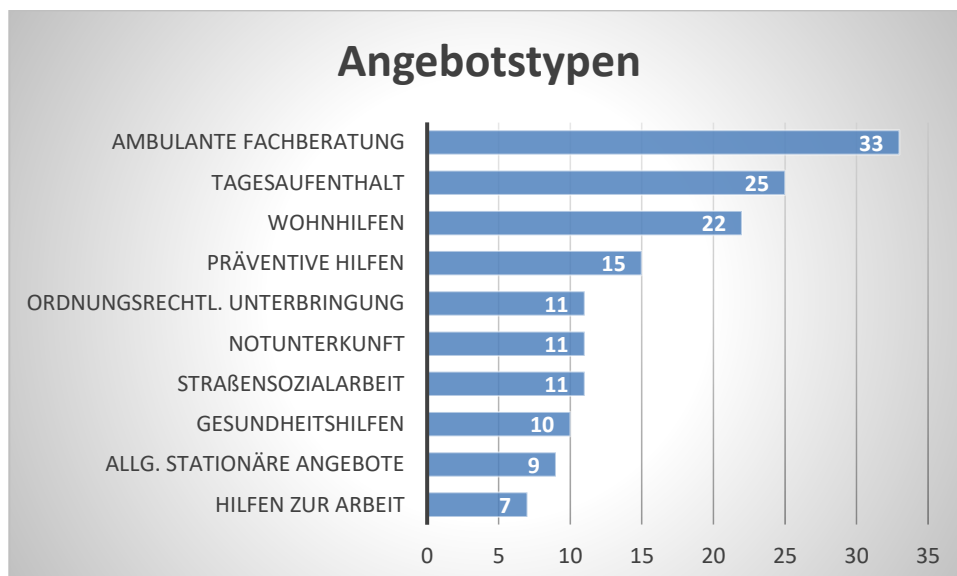
Die folgende Auswertung beruht auf den Daten einer bundesweiten Onlineumfrage der BAG-W zur aktuellen Situation vor Ort in der Corona-Krise, die im Zeitraum vom 04.11.-17.11.2020 stattgefunden hat. Auf Nachfrage der ZBS Nds. hat uns die BAG-W am 23.11.2020 freundlicherweise ein Datenset mit allen kumulierten Rückmeldungen aus Niedersachsen zur Verfügung gestellt.

Bundesweit haben sich nach Angabe der BAG-W rund 480 Kosten- oder Leistungsträger an der Umfrage beteiligt, davon kamen alleine ca. 11,2% der Rückläufer aus Niedersachsen.

Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei der BAG-W für das zur Verfügung stellen des Datensets bedanken und wünschen allen interessierten Leser*innen eine spannende Betrachtung der Ergebnisse aus Niedersachsen¹.

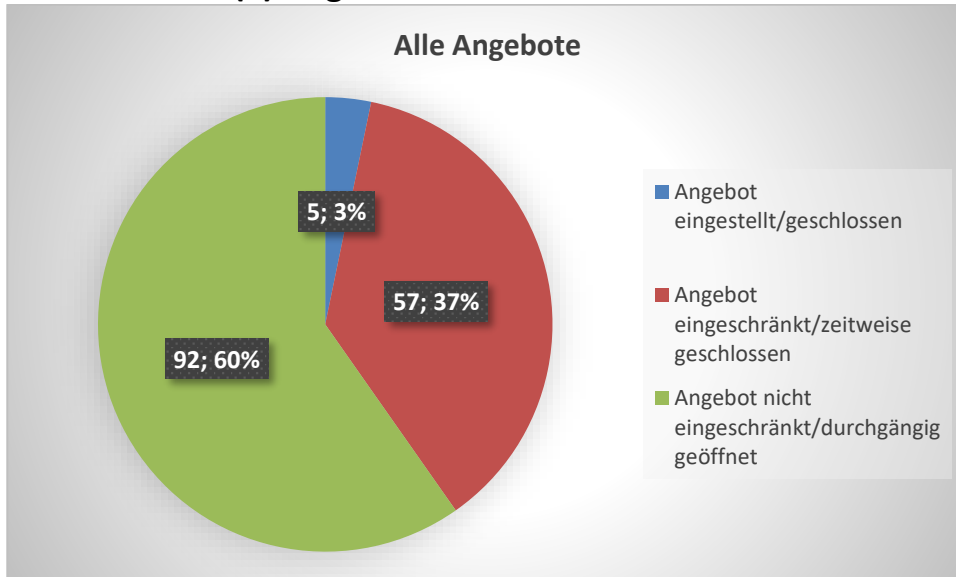
Wer wurde beteiligt?

Niedersachsenweit haben sich 54 Kosten- oder Leistungsträger an der Abfrage beteiligt und Angaben zu 154 Einrichtungen gemacht. Hierbei handelt es sich sowohl um Hilfen der sog. Wohnungslosenhilfe nach §§ 67 ff. SGB XII als auch um kommunale Gemeinschaftsunterkünfte nach NPOG. Eine Übersicht der befragten Angebotstypen sehen Sie in der folgenden Grafik:

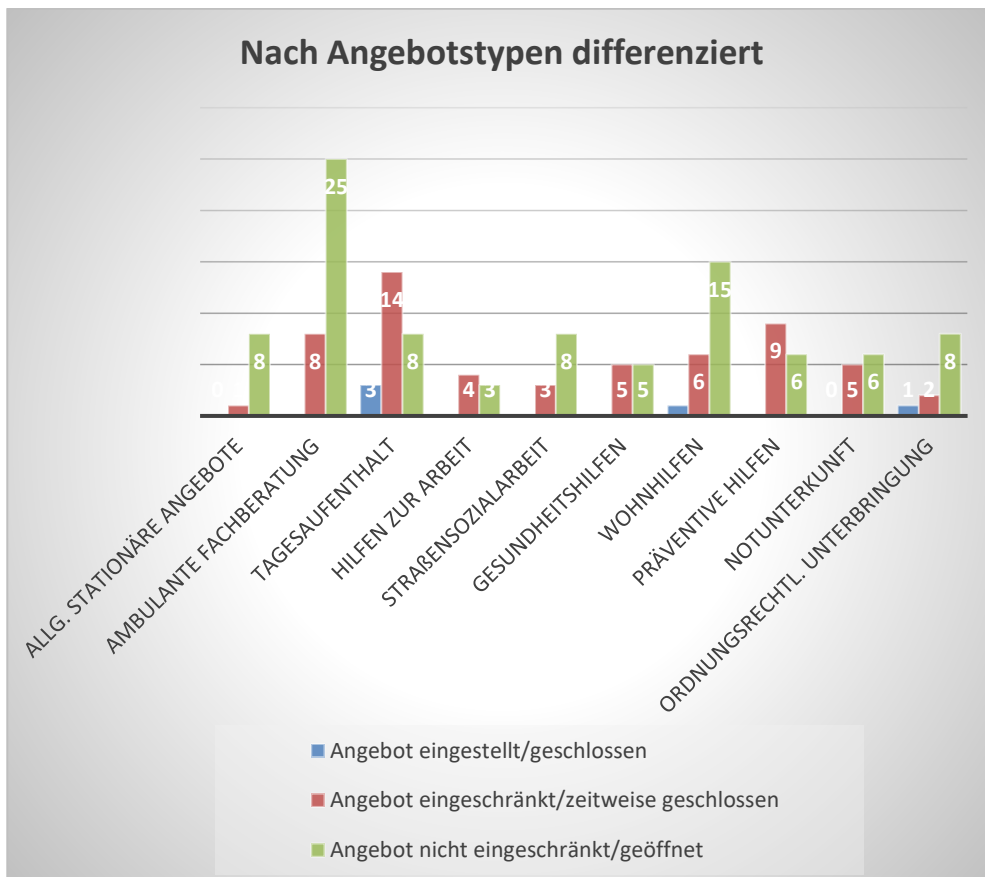


¹ Zum Vergleich mit der bundesweiten Auswertung s. den Bericht der BAG-W [„Vom Lockdown zur „neuen Normalität“ – eine erste Bestandsanalyse“](#) (Link)

Können Sie Ihr(e) Angebote aufrechterhalten?



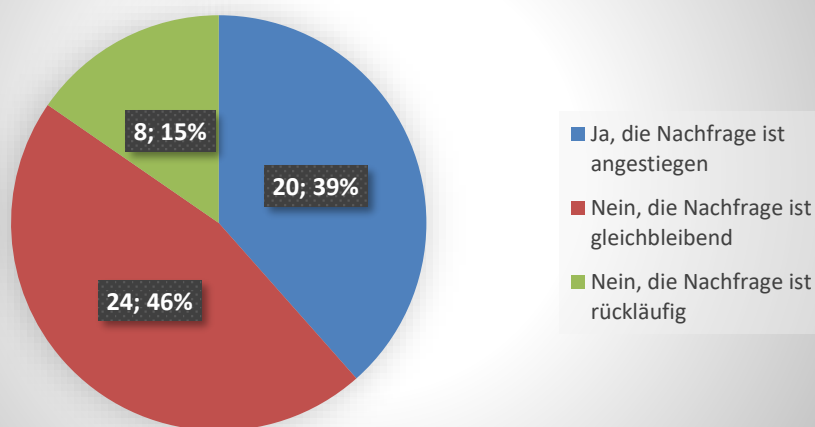
Wie den Durchschnittswerten aller Angebote zu entnehmen ist, waren wenig Einrichtungen von unmittelbaren Schließungen betroffen. Jedoch ist der Anteil der Einrichtungen, die ihr Angebot einschränken mussten oder von partiellen Schließungen betroffen waren, mit 37% hoch.



Besonders Tagesaufenthalte sind von den Einschränkungen betroffen

Anstieg und Versorgung von Hilfesuchenden

Gibt es pandemiebedingt einen Anstieg von Hilfesuchenden in Ihren Einrichtungen?

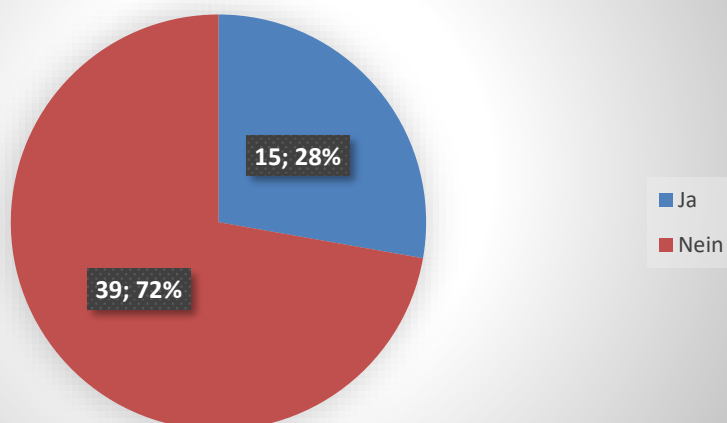


Hier hat fast die Hälfte aller befragten Einrichtungen angegeben, dass sich an der Nachfrage-Situation pandemiebedingt nichts verändert hat.

Mit 39% ist jedoch der Anteil der Einrichtungen bemerkenswert, die bestätigen, dass die Nachfrage nach Unterstützungsangeboten angestiegen ist. Leider lässt das Datenset keine Differenzierung zu, in welchen Hilfefeldern eine höhere Nachfrage zu verzeichnen ist.

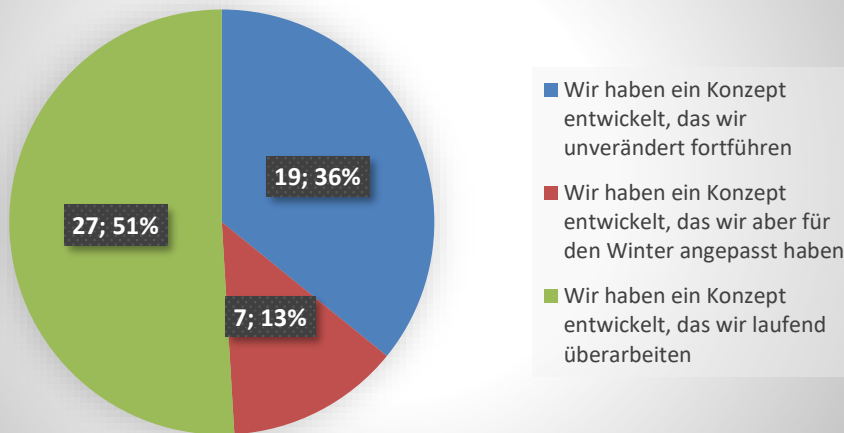
Im Vergleich mit der unten folgenden Grafik ist die Entwicklung für die Hilfesuchenden besonders nachteilig, da in einigen Angebotstypen eine höhere Nachfrage zu verzeichnen ist, verbunden jedoch mit der Notwendigkeit, diese aus möglichen Gründen von begrenzten Platz- und Raumkapazitäten oder nicht vorhandenen Quarantänemöglichkeiten direkt abzuweisen. Inwiefern eine Vernetzung/Anbindung an andere Hilfeangebote stattgefunden hat, wurde hier nicht vertieft.

Mussten in Ihren Einrichtungen pandemiebedingt Klient*innen abgewiesen werden?



Entwicklung von Schutz-/Hygienekonzepten

Entwicklung eines Schutz- und Hygienekonzeptes in Anbetracht des bevorstehenden Winters und steigender Infektionszahlen



Mit Verordnung des Landes Niedersachsen mussten alle Einrichtungen nach §§67ff. sowie Gemeinschaftsunterkünfte Hygiene- und Schutzkonzepte zur Aufrechterhaltung ihrer Angebote entwickeln.

Wie vielfältig die Einrichtungen bei der Entwicklung von Maßnahmen reagieren mussten, um ihre Angebote adäquat aufrecht erhalten zu können, ist der folgenden Übersicht zu entnehmen.

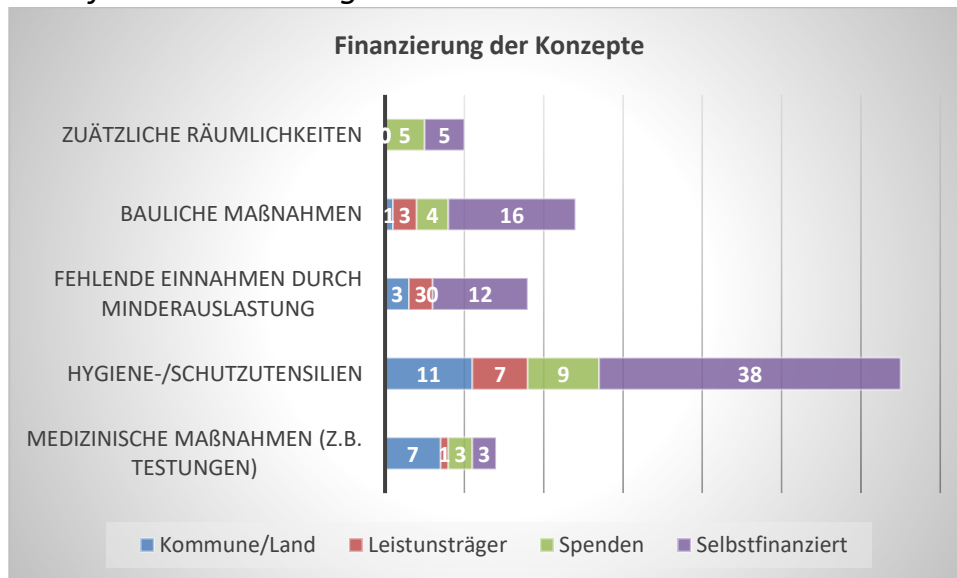
Welche der folgenden Punkte treffen auf ihr aktuelles Konzept zu?

Mehrfachauswahl möglich

	n	%
Hygieneverschärfungen	46	86.8%
Coronaspezifische Einlassregeln	26	49.1%
Reduzierung des Angebots	21	39.6%
Bauliche Maßnahmen (z.B. Trennwände)	20	37.7%
Arbeit in festen Teams/Schichten	15	28.3%
Reduzierung der Belegungsdichte durch geringere Auslastung	15	28.3%
Zusätzliche Räumlichkeiten	11	20.8%
Bereitstellung von Quarantäne-/Isolationszimmern	9	17.0%
Schichtbetrieb	6	11.3%
Isolation bei Neuaufnahme/Rückkehrer	3	5.7%
Zutritts-/Aufnahmebeschränkungen bei Nichtvorlage von Negativtests	3	5.7%
Reduzierung der Belegungsdichte durch Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten	2	3.8%
Regelmäßige Testungen	0	0.0%
Anderes	11	20.8%
<i>Anzahl der Nennungen</i>	188	354.7%
<i>Anzahl der Einrichtungen</i>	53	100.0%

Daraus resultierende finanzielle Mehrbelastungen und ihre Finanzierung

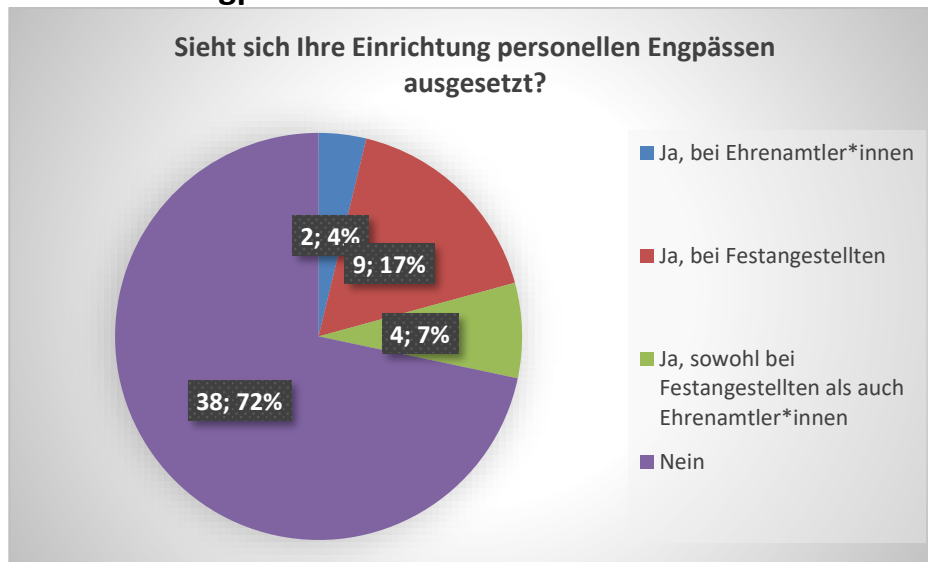
Mehrfachauswahl möglich



Die Ausgaben für die Hygiene- und Schutzutensilien stechen hier besonders heraus.

Anhand dieser Auswertung wird deutlich, dass die finanzielle Mehrbelastung besonders für die durchzuführenden Einrichtungen, bzw. Träger beträchtlich ist und hauptsächlich durch Spenden an einigen Stellen „abgepuffert“ wird.

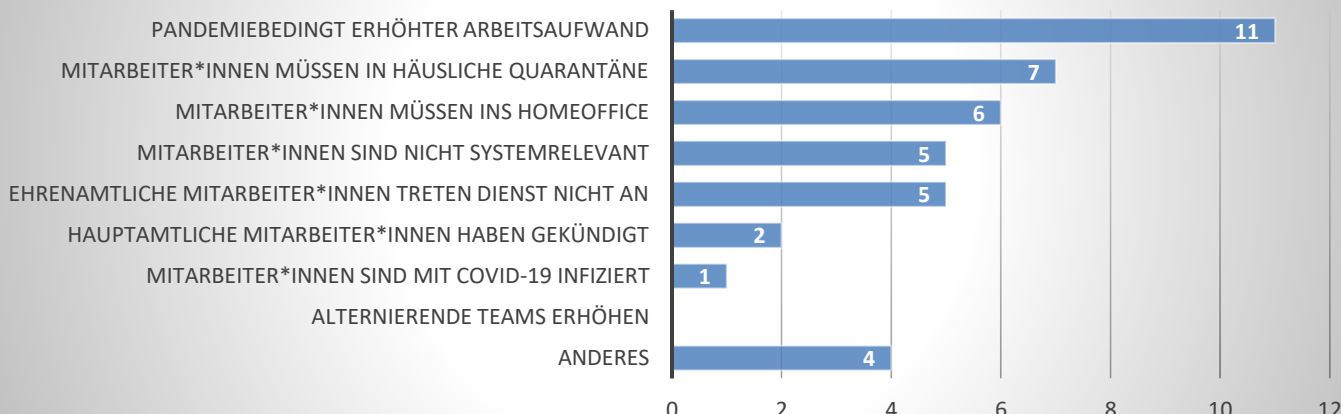
Personelle Engpässe und ihre Gründe²



72% der befragten Einrichtungen geben an, dass sie sich keinen personellen Engpässen ausgesetzt sehen. Bei den Einrichtungen, die dies aus den verschiedenen Gründen bejahen, ist der **pandemiebedingte erhöhte Arbeitsaufwand** der am häufigsten genannte Grund (s.u.)

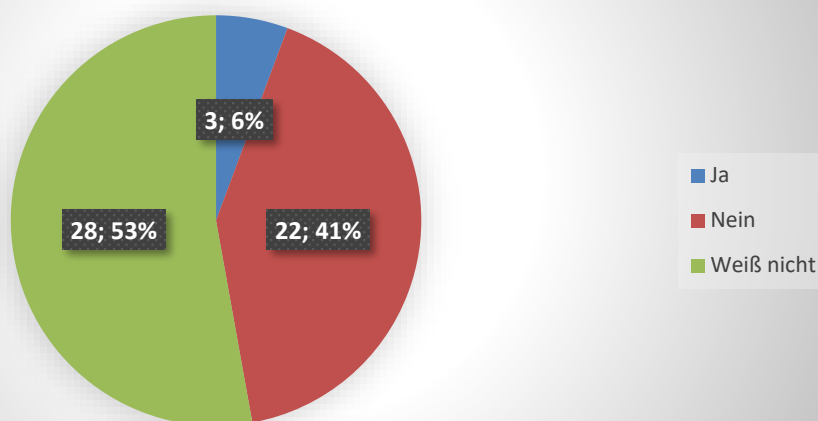
² Hier werden von den Einrichtungen deutlich weniger personelle Engpässe als auf [Bundesebene](#) (Link zur BAG-W Abfrage) benannt.

Gründe



Zweite Pandemie-Welle/Winternotprogramm

Hat Ihre Kommune für die zweite Welle der Pandemie ausreichend in Bezug auf die Hilfen in Wohnungsnotfällen vorgesorgt?



Mit 41% Prozent ist die Zahl der Kommunen, die sich nach Einschätzung der Befragten nicht frühzeitig auf eine zweite Welle, bzw. ein Winternotprogramm eingestellt haben, deutlich zu hoch.

Allerdings ist eine genauere Interpretation der Antwortkategorien schwierig, da diese nicht ausdifferenziert oder näher definiert worden sind (beispielsweise: was bedeutet in dem Zusammenhang „ausreichend“)

Viele Kommunen berufen sich darauf, dass in ihren Not- oder Obdachlosen-Unterbringungen ausreichend Platzkapazitäten zur Verfügung stehen. Jedoch sind in diesen teilweise noch Schlafsäle oder Mehrbettzimmer vorzufinden, was aus Sicht der vulnerablen Betroffenenengruppe aus Gründen einer möglichen Ansteckung ungerne angenommen wird.

In dem folgenden Freitext-Feld finden sich weitere Kommentare/Begründungen zu der obigen Frage:

Kommentare zur Frage nach einer ausreichenden Vorsorge der Kommunen bzgl. einer zweiten Welle bzw. eines Winternotprogramms:

Unseres Wissens wurden keine Veränderungen in Bezug auf die Pandemie vorgenommen.

Eine besondere Vorbereitung auf die 2. Welle ist nicht bekannt.

Wir sind in einem guten Austausch mit der Kommune. Wie in den Vorjahren gestaltet sich die Umsetzung schwierig

Insgesamt ist die Kommune gut aufgestellt. Schwierigkeiten könnte es aber mit der Gruppe der Osteuropäer geben, die ohne Arbeit kein Anrecht auf Sozialleistungen erhalten.

Die Kommune, Stadt und Region, sind bemüht, für viele Maßnahmen ist es allerdings schon reichlich spät. Ansätze sind da. Unklar ist bei allem auch die Finanzierung schon bestehender Angebote und eingeführter Maßnahmen. (...)

Wohnungslosigkeit spielt in den Planungen keine Rolle

Noch ist nicht geklärt, ob das Durchgangwohnheim tagsüber als Schutzeinrichtung geöffnet bleibt. Für den Fall einer Quarantäne für Wohnungslose wurde noch nicht gesorgt

Die Forderungen nach einem kommunalen Rettungsschirm für Benachteiligte wurde vom Landkreis (Anonymisiert) abgelehnt. Teil der Forderung war, öffentlich subventionierte Leerstände von Hotelzimmern Wohnungsnotfällen zur Verfügung zu stellen.

Schon vor der Pandemie gab es zu wenig Unterbringungsmöglichkeiten und die Vorhandenen waren teilweise menschenunwürdig. Die Pandemie hat das Problem nun noch verstärkt, was die erhöhte Anzahl von Hilfeanfragen beweist.

Keine ordnungsrechtliche Unterbringung in Einzelwohnungen, keine Möglichkeiten zur Quarantäne.

Bereitstellung von Wohnraum zur quarantänebedingten Unterbringung Wohnungsloser.

Vorhalten einer Notübernachtung im Falle coronabedingter Schließung der zentralen Übernachtung. Stadt/Kommune unterstützt ausdrücklich den Weiterbetrieb des Tagesaufenthaltes mit seinen Angeboten, obwohl sich im Haus mehr Menschen als erlaubt aufhalten müssen

Dazu gibt es keine Kommunikation seitens der Stadt. Wir gehen von einer Unterbringung aus.

Bislang war genug Platz im Obdach.

Unterbringung von mehreren Wohnungslosen gleichzeitig im Obdach problematisch. Niemand kontrolliert hier die Einhaltung der erforderlichen Hygienestandards und Abstandsregelungen.

Notübernachtung auf 4 Plätze gedeckelt. Alternativen werden noch nicht bereitgestellt

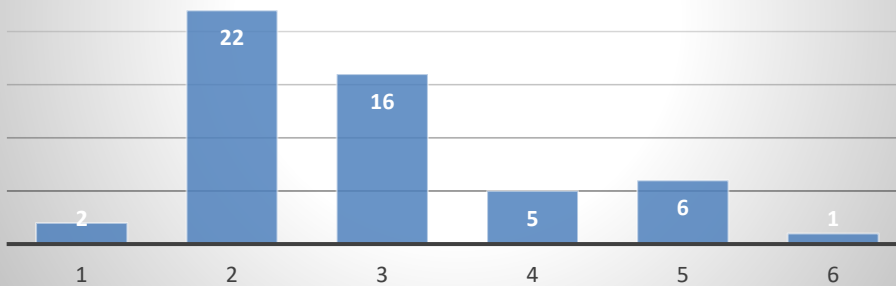
Keine Einzelunterbringung für Menschen mit Vorerkrankungen (COPD; Psych. Krank).

weiterhin Unterbringung in Maßen Notunterkünften oder Zuweisung in Mehrbettzimmer

Keine besonderen Maßnahmen bekannt

Kooperation mit Behörden

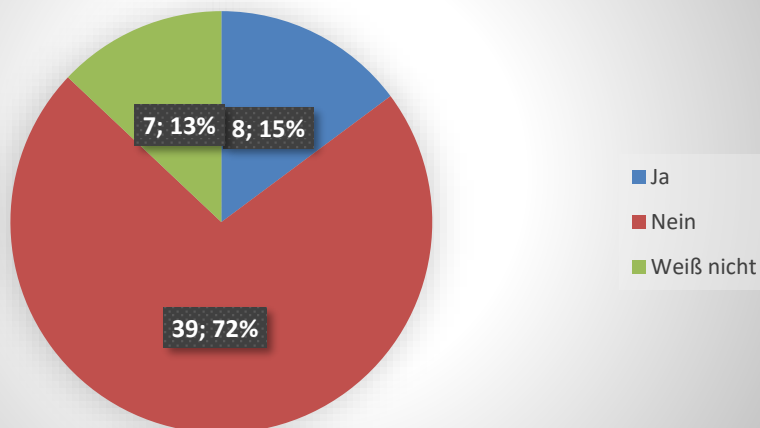
Wie schätzen Sie die Kooperation mit Behörden hinsichtlich unbürokratischer und schneller Unterstützung ein?
Auswahlmöglichkeiten von: 1 "Gelingt überall gut" bis 6 "Gelingt gar nicht"



42% der Befragten schätzten die unbürokratische Unterstützung durch Behörden als „gut“ ein, als befriedigend empfanden dies immerhin noch 31%. Dies spricht für überdurchschnittlich gute Erfahrungswerte in der Kooperation zwischen Leistungs- und Kostenträgern.

Finanzielle Auswirkungen

Gibt es aus Ihrer Region konkrete Anzeichen, dass Angebote der WLH mittelfristig reduziert/eingestellt werden?



Eine Differenzierung zu der Frage der „Finanziellen Auswirkungen“ ist leider nicht möglich, d.h. es ist nicht nachvollziehbar, ob eine mögliche Reduzierung/Einstellung von Angeboten der WLH auf Initiative der Leistungs- oder der Kostenträger erfolgt.

Kommentare dazu (Freitextfeld):

Derzeit läuft erstmal alles weiter, wir können natürlich nie einschätzen wie lange die Ehrenamtlichen weiter machen können

Das ist noch unklar. Da es überall Steuermindereinnahmen gibt, sind vor allem Angebote aus der freiwilligen Finanzierung gefährdet.

Die Plätze für Notunterbringungen wurden reduziert. Die Beratungsangebote sind eingeschränkt.

Keine Neuaufnahmen im Übernachtungsheim

Durch die Schließung anderer Einrichtungen wie zb. Jobcenter ist der Zulauf in unserer Einrichtung gestiegen.

Tagesaufenthalte und Übernachtungen der umliegenden Gemeinden sind zum Teil geschlossen, zum Teil werden keine neuen Wohnungsnotfälle aufgenommen.

Pandemiebedingte Begrenzung der Mittags- und Frühstücksausgabe im Tagestreff.

Wenn die Kassen immer leerer werden, erwarte ich negative Auswirkungen, wie schon in der Eingliederungshilfe.

Fazit:

Tagesaufenthalte in Niedersachsen sind von Einschränkungen und partiellen Schließungen besonders betroffen. Dies deckt sich mit den Erfahrungsberichten aus den ZBS-Regionalvertretungen. Die Tagesaufenthalte mussten, besonders zu Beginn der Pandemie und mit Entwicklung von Hygienekonzepten, ihre Platzzahlen zum Aufenthalt deutlich begrenzen, ebenso wie die Aufenthaltsdauer in den Tagesaufenthalten. Die Idee eines geschützten Raumes während der Tagstunden, besonders relevant für die Betroffenen, die in Not- und Obdachlosenunterkünften untergebracht sind, wird durch die veränderten Anforderungen „ad absurdum“ geführt. Effektive und nachhaltige Beratungsleistungen sind zudem derzeit kaum möglich, es geht einzig darum, Kontakt zu halten.

Deutlich ist auch geworden, dass - neben den Tagesangeboten - alle **Hilfeanbieter nach kreativen Gestaltungsmöglichkeiten zum Aufrechterhalten der Klient*innenbeziehungen** und zu deren Schutz suchen mussten, um diese besonders vulnerable Gruppe von Personen in der Krise nicht allein zu lassen.

Die **Nachfrage nach Unterstützungsangeboten** in den einzelnen Einrichtungen ist proportional höher als die Rückläufigkeit der Nachfrage. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass andere Unterstützungsangebote mit hoher Relevanz für die Zielgruppe durch die Pandemie-Situation weggefallen oder zumindest stark eingeschränkt wurden.

Das **Aufrechterhalten der Angebote für die Betroffenen** durch umfassende Hygiene- und Schutzmaßnahmen geht finanziell in großen Teilen zu Lasten der Träger/Einrichtungen.

Nach Einschätzung der befragten Hilfeanbieter braucht es von Seiten der Städte und Kommunen eine deutlich bessere Planung und Vorbereitung auf zu erwartende Krisensituationen, wie z.B. die 2. Pandemie-Welle, der bevorstehende Winter, Unterbringung in Pandemiezeiten in Gemeinschaftsunterkünften, Versorgung der Betroffenen, etc.

Wie oben bereits kommentiert, ergibt sich hier durch die Art der Fragestellung jedoch in den unterschiedlichen Regionen, Landkreisen und Städten ein eher heterogenes, bzw. undifferenziertes Bild, d.h. die Einschätzungen können nicht pauschaliert werden. Ggf. liefert der hohe Prozentsatz in der Antwortkategorie „Weiß nicht“ (53%) zumindest den Hinweis, dass eine frühzeitigere und transparente Kommunikation zwischen Kommunen und Leistungserbringern zur besseren Planbarkeit wünschenswert wäre.